

Kommentar und Online- Veranstaltung: Ein Boom in der Krise

Von Bernhard (ÖFSE). Rohstoffe sind auch hierzulande wieder in den Fokus gerückt, nachdem deren Preise im Zuge der COVID-19 Krise so stark gestiegen sind wie selten zuvor. Länder im Globalen Norden sollte dies auch diesmal nur kurzfristig beschäftigen. Für Länder des Globalen Südens bleiben diese Preisschwankungen jedoch ein essenzielles Risiko für ihre Entwicklung und Armutsreduktion. Entscheidend ist es in diesem Zusammenhang strukturelle Veränderungen an den Rohstoffmärkten zu beachten, nicht zuletzt im Hinblick auf die steigende Bedeutung stabiler Rohstoffpreise für die notwendige sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftsmodells.

Weiterlesen

06.12.2021 15:30 – 17:00 Uhr

Online via Zoom: **Schwankende Rohstoffpreise: Zur Rolle von Rohstoffhändlern und Rohstoffterminbörsen**

Explodierende Preise für Gas, Benzin und Nahrungsmittel offenbaren diesen Herbst eine Tatsache, die bei europäischen KonsumentInnen üblicherweise oft unbemerkt bleibt: Rohstoffpreise sind extremen kurzfristigen Schwankungen unterworfen. Gerade in der COVID-19 Krise sind die Preise der meisten Rohstoffe zunächst eingebrochen, aber seitdem so stark gestiegen wie selten zuvor.

In seiner Keynote präsentiert **Bernhard Tröster (ÖFSE)** wichtige Erkenntnisse: Welche Faktoren sind für Rohstoffpreisschwankungen ausschlaggebend? Welche Veränderungen in der Preisgestaltung im physischen Handel und an Rohstoffterminbörsen gab es in den verschiedenen Rohstoffen? Wie ist die Rolle der großen Rohstoffhändler einzuschätzen? Welche Reformen sind nötig, um Rohstoffpreise zu stabilisieren?

Da viele Rohstoffhändler in der Schweiz ansässig sind, stellt im Anschluss **David Mühlemann** von der Schweizer NGO **Public Eye** die Rolle der Schweiz als Rohstoffdrehscheibe vor.

> Mehr Informationen (Zoom-Link / Anmeldung)

PA: Black Friday: schwarzer Tag für Nachhaltigkeit

Am 26. November locken Einzelhandel und Onlineshops mit großzügigen Rabatten. Der Aktionstag zählt zu den umsatzstärksten des gesamten Jahres. Das passiert aber oftmals auf Kosten der Menschen am Beginn globaler Lieferketten, so FAIRTRADE in einer Aussendung.

„Wir kaufen mehr, zahlen weniger und nutzen Produkte immer kürzer. Der Black Friday ist zum Symbol dieses Konsumwahnsinns geworden“, kritisiert Hartwig Kirner, Geschäftsführer von

FAIRTRADE Österreich. Fehlende Arbeitsverträge und schlechte Bezahlung gehören in vielen Produktionsstätten im Globalen Süden zum Alltag. Gleichzeitig entsteht durch immer kürzere Produktzyklen Berge an Müll, und trotzdem ist keine Trendumkehr in der weltweiten Ressourcenverschwendung in Sicht. „Konsument*innen sollten daher bewusst einkaufen und auf Langlebigkeit und faire Produktion setzen, anstatt sich von künstlich erzeugtem Kaufdruck blenden zu lassen“, rät Kirner.

In der Regel kalkulieren Unternehmen Rabattaktionen wie die zum Black Friday bereits beim Einkauf ein. Der wirtschaftliche Druck am Anfang der Lieferkette steigt dadurch weiter an, es entsteht eine Preisspirale nach unten, die nicht auf einzelne Branchen beschränkt ist. Da staatliche Mindestlöhne oft zu niedrig und damit wirkungslos sind, um die Situation vor Ort zu entschärfen, fordert Fairtrade International existenzsichernde Einkommen für Alle. „Ohne Begleitmaßnahmen auf politischer Ebene wird es aber in naher Zukunft nicht gelingen, das Ziel eines fairen Einkommens für alle Menschen entlang der globalen Lieferketten zu erreichen“ so Kirner weiter.

Bringt ein europäisches Lieferkettengesetz die Lösung?

Nach Jahren des Stillstandes hat die Diskussion rund um ein europäisches Lieferkettengesetz aktuell an Fahrt aufgenommen. „Es wird wirklich spannend, denn auf EU-Ebene stehen derzeit Entscheidungen an, und bereits in den kommenden Wochen soll ein Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz veröffentlicht werden“, so Kirner zu den erwartenden Entwicklungen auf EU-Ebene. Wie dieser Entwurf eines Lieferkettengesetzes auf EU-Ebene ausgestaltet ist, wird sich im Detail erst zeigen. Ein solches Gesetz könnte jedoch dazu führen, dass Unternehmen, die es mit ihren Sorgfaltspflichten in der Lieferkette ernst meinen, keine Kostennachteile mehr

hätten, gegenüber jenen, die sich nicht darum kümmern.

Die wesentlichste Grundvoraussetzung für ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz werden dabei aber die Berücksichtigung und Einhaltung verschiedenster Kriterien sein, wie z.B. existenzsichernde Einkommen und Löhne, die Einhaltung der Sorgfaltspflichten für alle, rechtlich verbindliche Auflagen zu Umwelt- und Klimaschutz, eine unabhängige Kontrolle sowie klare Sanktionen bei Regelverstößen.

Auf Länderebene hat vorab schon Deutschland einen Schritt in diese Richtung gesetzt, das Unternehmen durch gesetzliche Regelungen mittlerweile stärker in die Pflicht nimmt. „Wir fordern daher auch die Abgeordneten der Österreichischen Regierung auf, in Österreich aber auch in den Verhandlungen auf EU-Ebene für ein klar ausformuliertes und auch sanktionierbares Lieferkettengesetz einzutreten. Denn würde ein Lieferkettengesetz diese Anforderungen erfüllen, wäre das ein echter Meilenstein: So könnte die Macht aller Marken, Einzelhandelsunternehmen und Konsument*innen in der gesamten EU in Zusammenarbeit mit Regierungen und insbesondere auch mit den Kleinbäuer*innen und Beschäftigten in den Produktionsländern dazu genutzt werden, die Armut und die damit verbundenen Menschenrechtsrisiken so weit wie möglich zu reduzieren.“, so Kirner abschließend.

Bilder zum Downloaden

Kontakt für Rückfragen:

Mag. Bernhard Moser

bernhard.moser@fairtrade.at

+43 664 526 74 65

Mag. Peter Ehrenberger
peter.ehrenberger@fairtrade.at
+43 660 380 72 80

Veranstaltung: Unsichtbar?! Das Engagement der afrikanischen Diaspora in Österreich

Studienpräsentation von Maida Schuller und Gudrun Klein #AEWTASS, Diskussion und Performance.

Welche Leistungen erbringen die afrikanischen Gemeinden in der österreichischen Gesellschaft? Welche Schwerpunkte setzen die Vereine bei ihrer entwicklungspolitischen Arbeit? Wie kann ihre Arbeit sichtbarer werden? Wie kann das Potential der afrikanischen Diaspora in Österreich gestärkt und ein gleichberechtigter Dialog mit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden?

Die Studie „Transnational African Diaspora Engagement in Austria“ wurde von den #AEWTASS (*Advancing Equality Within The Austrian School System*) Wissenschaftlerinnen Sina Aping, Maida Schuller und Gudrun Klein erstellt und eröffnet Schaulenster in die vielfältige Arbeit afrikanischer Diaspora Organisationen in Österreich. Die Studie stellt 18 ausgewählte Vereine und Initiativen mit ihrem transnationalen und

entwicklungspolitischen Engagement vor. Von der Mehrheitsgesellschaft oftmals unbemerkt, unterstützen sie Projekte am afrikanischen Kontinent, tauschen Wissen zwischen Österreich und afrikanischen Ländern aus und leisten hierzulande anti-rassistische Aufklärungsarbeit.

Dienstag, 16. November 2021, 19:00 – 21:00 Uhr

Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien

Kommentare

Emmanuel Kadem, Chiala Graz

Georg Keri, Austrian Development Agency

Helene Unterguggenberger, Caritas

Rap Performance: Jahson the Scientist

Moderation: Téclaire Ngo Tam, Südwind

Sprache: Diskussion Deutsch, Performance Englisch

Eine Veranstaltung von VIDC Global Dialogue in Kooperation mit Advancing Equality Within The Austrian School System und Radio Africa TV.

Mehr Info

Eintritt frei, eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich: schmidjell@vidc.org

Es gelten die aktuellen COVID-19 Schutzmaßnahmen Wiens (derzeit 2,5G – geimpft, genesen oder negativer PCR-Test).

Einladung: Klimakrise befeuert Vertreibung

VIDC-Podiumsdiskussion mit Adil Najam, Raya Muttarak und Jane Linekar am 4. November 2021, 19:00 – 21:00 Uhr in der Hauptbücherei Wien.

Unter dem Motto „Uniting the world to tackle climate change“ findet in Glasgow vom 31. Oktober bis 12. November 2021 die 26. UN-Klimakonferenz (COP26) statt. Die Konferenz vollzieht sich vor dem Hintergrund einer immer schneller und folgenschwerer voranschreitenden Klimakrise – das haben die Waldbrände in den Mittelmeerregionen sowie die Überschwemmungen in Deutschland in diesem Sommer sehr deutlich gezeigt. Auch der Sachstandsbericht des Weltklimarats der Vereinten Nationen vom August dieses Jahres spricht eine eindeutige Sprache: Der Bericht geht davon aus, dass die Klimaveränderungen in den kommenden Jahrzehnten in allen Regionen zunehmen werden. Bei einer globalen Erwärmung von 1,5°C wird es immer mehr Hitzewellen, längere warme und kürzere kalte Jahreszeiten geben. Bei 2°C globaler Erwärmung würden Hitzeextreme häufiger und kritische Toleranzschwellen für Landwirtschaft und Gesundheit erreicht, so der Bericht.

Menschen in den Ländern des Globalen Südens sind von den kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Die Weltbank geht in einem aktuellen Bericht von bis zu 216 Millionen Binnenvertriebenen aufgrund des Klimawandels bis zum Jahr 2050 aus. Diese Menschen können sich vor den häufigen und intensiver werdenden wetterbedingten Ereignissen, wie Überschwemmungen, Feuer, Dürren und Stürmen weniger schützen und sind immer häufiger gezwungen ihre

Herkunftsorte zu verlassen und ein neues Zuhause zu suchen.

Die Veranstaltung geht der Frage nach, wie sich die Klimakrise auf Konflikte und Vertreibungen im Globalen Süden auswirken.

Was wären notwendige Anpassungsstrategien zur Katastrophenrisikominderung in den ärmeren und besonders bedrohten Ländern des Globalen Südens? Wie können Länder mit hohem Risiko und geringer Kapazität gezielt dabei unterstützt werden, sich vor den Auswirkungen des Klimawandels besser zu schützen? Wie ist der Status Quo in Bezug auf Klimawandel und Vertreibung? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Konflikten und der Klimakrise? Wer ist von Vertreibungen besonders betroffen? Ist klimabedingte Vertreibung weiblich?

Mehr Infos und Anmeldung

NEWSLETTER 2/2021: SDG 1: „Armut“, u.v.m.

Diesmal mit Recherchematerial zum Nachhaltigkeitsziel 1 „Armut“, einer Vorberichterstattung zu den anstehenden Wahlen in Nicaragua, einem Überblick zu kommenden Wahlen weltweit, Gedenk- und Aktionstagen, sowie Terminen.

Kommende Wahlen in Lateinamerika, Asien und Afrika

24. Okt. Usbekistan: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

7. Nov. Nicaragua: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

21. Nov. Chile: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

28. Nov. Honduras: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

- 4. Dez. Gambia: Präsidentschaftswahl
- 12. Dez. Neukaledonien: Unabhängigkeitsreferendum
- 24. Dez. Libyen: Parlamentswahl

Internationale Gedenk- und Aktionstage

· 24. Okt.: **Welttag der Vereinten Nationen und der Information über Entwicklungsfragen.** An diesem Tag ist 1945 die Charta der Vereinten Nationen in Kraft getreten. Die Vereinten Nationen sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten, ihre wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Der Welttag der Information über Entwicklungsfragen findet seit 1972 auf Beschluss der UN mit dem Ziel statt, die weltweite Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsprobleme zu lenken sowie auf die Notwendigkeit der Stärkung internationale Zusammenarbeit, um diese globalen Ungerechtigkeiten zu lösen.

· 2. Nov.: **Internationaler Tag gegen Straflosigkeit für Verbrechen an JournalistInnen,** 2013 von den Vereinten Nationen im Andenken an zwei in 2013 in Mali getötete JournalistInnen initiiert.

· 15. Nov.: **Writers in Prison Day,** initiiert 1980 durch das 1960 gegründete „Writers in Prison“-Kommittee der Schriftstellervereinigung P.E.N., in dem über 150 Schriftstellerorganisationen aus mehr als 100 Nationen vereinigt sind. An diesem Tag wird an verfolgte, inhaftierte und ermordete SchriftstellerInnen sowie JournalistInnen erinnert.

· 16. Nov.: **Internationaler Tag für Toleranz**. Am 16. November 1995 unterzeichneten 185 Mitgliedsstaaten der UNESCO die Erklärung der Prinzipien zur Toleranz. Seitdem erinnert die UNESCO jährlich an jene Regeln, die ein menschenwürdiges Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen ermöglichen.

· 29. Nov.: **Buy Nothing Day**. Der Buy Nothing Day (deutsch: Kauf-Nix-Tag) ist ein konsumkritischer Aktionstag am letzten Freitag im November. Er wird mittlerweile in 80 Ländern – auch in Österreich – organisiert. Er ist die Antwort auf den Black Friday, der in den USA traditionell die Kaufsaison für Weihnachten einleitet.

· 2. Dez.: **Internationaler Tag zur Abschaffung der Sklaverei**, von den Vereinten Nationen zur Abschaffung der Sklaverei initiiert in Erinnerung an die 1949 verabschiedete Konvention zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Personen. Weltweit leben immer noch mehr als 20 Millionen Menschen in Sklaverei oder sklavenähnlichen Verhältnissen.

· 2. Dez.: **Internationaler Tag des Ehrenamtes zur Anerkennung und Förderung ehrenamtlichen Engagements**. Der Tag wurde 1985 von den Vereinten Nationen (UN) beschlossen.

· 10. Dez.: **Tag der Menschenrechte**. Seit 1948 wird an diesem Tag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gedacht und von Menschenrechtsorganisationen genutzt, um auf Verletzungen dieser Rechte hinzuweisen.

· 18. Dez.: **Internationaler Tag der MigrantInnen**. 2000

hat die UNO diesen Tag ausgerufen, 1990 wurde die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Migranten und ihrer Familienangehörigen von der UN-Vollversammlung angenommen.

Veranstaltungs-Termine

22. Okt.: Online-Talk: Elektroschrott in Europa und Ghana

Warum gelangt E-Schrott trotz Verboten nach Ghana? Was bedeutet das für Menschen & Umwelt? Wie kann illegale Verschiffung verhindert werden? Der Umweltjournalist Mike Anane berichtet in diesem Online-Talk von Südwind und ISJE über die aktuellen Entwicklungen in Ghana. Er stellt notwendige politische Lösungsansätze und Regulierungsmaßnahmen zur Diskussion, welche den illegalen Export von Elektroschrott unterbinden und die schädlichen Auswirkungen von elektronischen und elektrischen Geräten am Ende ihrer Nutzungsdauer reduzieren können.

Mehr Info

Bis 24. Okt.: Ausstellung World Press Photo 21 in Wien

Zum 20. Mal präsentiert das WestLicht die wichtigste Leistungsschau der internationalen Pressefotografie.

Mehr Info

27. Okt.: Online: Global Inequality Talk #6: Gender – SDGs – Österreich

Was kann Österreich tun, um Geschlechtergleichstellung als eine der zentralen Forderungen der Nachhaltigen Entwicklungsziele weltweit durchzusetzen? Darüber diskutiert um 16 Uhr Henrike Brandstötter (Entwicklungspolitische Sprecherin der NEOS) mit Claudia Thallmayer (Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und

feministische Perspektiven WIDE).

Nähere Infos & Anmeldung

29. bis 31. Okt.: WeFair in Linz

Die Messe für einen nachhaltigen Lebensstil.

Mehr Info

4. Nov.: Klimakrise befeuert Vertreibung

Podiumsdiskussion um 19 Uhr mit Adil Najam, Raya Muttarak und Jane Linekar in der Hauptbücherei am Gürtel, Wien.

Die Veranstaltung geht der Frage nach, wie sich die Klimakrise auf Konflikte und Vertreibungen im Globalen Süden auswirken.

Mehr Info

8. bis 30. Nov.: Entwicklungspolitische Hochschulwochen in Linz und Salzburg

Entwicklung wohin? Kontinuitäten unterbrechen – Nord-Süd verbinden – Neues verhandeln. Darum geht es bei der Veranstaltungsreihe von Südwind, die heuer erstmals auch in Linz stattfindet.

Programm und Anmeldung für Linz und Salzburg

16. bis 19. Nov.: YOUKI in Wels

Im Zentrum steht der Internationale Kurzfilmwettbewerb. Jährlich reichen dazu junge Regisseur*innen aus aller Welt ihre Filme bei uns ein.

Mehr dazu

19. bis 21. Nov.: ÖKO FAIR 2021 in Innsbruck

Bei der dritten Tiroler Nachhaltigkeitsmesse 2021 werden ökofaire Produkt- und Dienstleistungsangebot aus den Bereichen Mode & Textilien, Ernährung, Lifestyle und Tourismus und ein

buntes Rahmenangebot präsentiert.

Mehr Info

Bis 15. März 2022: **Ausstellung: Re:present Unlearning Racism im Weltmuseum Wien**

Gezeigt werden die Arbeiten von zwölf Künstler*innen und Künstlern aus drei Kontinenten, die sich mit Fragen von Rassismus und Identität auseinandersetzen.

Mehr Info

Rechercheliste zum Nachhaltigen Entwicklungsziel – SDG 1 Keine Armut

SDG 1 im Detail

1.1 Bis 2030 die extreme Armut – gegenwärtig definiert als der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – für alle Menschen überall auf der Welt beseitigen

1.2 Bis 2030 den Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens um die Hälfte senken

1.3 Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen

1.4 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Männer und Frauen, insbesondere die Armen und Schwachen, die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu grundlegenden Diensten, Grundeigentum und Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstigen Vermögensformen, Erbschaften, natürlichen Ressourcen, geeigneten neuen Technologien und Finanzdienstleistungen einschließlich Mikrofinanzierung haben

1.5 Bis 2030 die Widerstandsfähigkeit der Armen und der Menschen in prekären Situationen erhöhen und ihre Exposition und Anfälligkeit gegenüber klimabedingten Extremereignissen und anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks und Katastrophen verringern

1.a Eine erhebliche Mobilisierung von Ressourcen aus einer Vielzahl von Quellen gewährleisten, einschließlich durch verbesserte Entwicklungszusammenarbeit, um den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern ausreichende und berechenbare Mittel für die Umsetzung von Programmen und Politiken zur Beendigung der Armut in all ihren Dimensionen bereitzustellen

1.b Auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene solide politische Rahmen auf der Grundlage armutsorientierter und geschlechtersensibler Entwicklungsstrategien schaffen, um beschleunigte Investitionen in Maßnahmen zur Beseitigung der Armut zu unterstützen

Zum vollständigen Resolutionstext in deutscher Übertragung

Fakten

- 2020 wurden 119–124 Millionen Menschen zusätzlich in die extreme Armut gedrängt
- COVID-19 hat zum ersten Anstieg der extremen Armut in einer Generation geführt
- Die prognostizierte weltweite Armutsquote liegt 2030 bei 7 %. Das Ziel der Armutsbeseitigung würde verfehlt werden
- 4 Milliarden Menschen sind weltweit – in Zeiten einer Pandemie – ohne Sozialschutz.
- Armut & Ernährung: Rund drei Milliarden Menschen im Globalen Süden, so eine Schätzung der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO, können sich weder die planetare Gesundheitskost noch irgendeine gesunde Ernährung leisten
- 130 Millionen Menschen seien laut dem deutschen Bundesentwicklungsminister Gerd Müller durch die Covid-19-Pandemie und Konflikte in Hunger und Armut zurückgefallen
- 13,9 % der österreichischen Bevölkerung (über 1.2 Mio. Menschen) sind armutsgefährdet, d.h. haben ein Einkommen unter der Armutsschwelle – das ist ein leichter Anstieg gegenüber 13,3 % im Jahr 2019.
- Insgesamt ist laut Armutskonferenz im globalen Norden die Nachfrage nach gering qualifizierten Tätigkeiten größer als die Anzahl an Menschen mit geringen Qualifikationen, die zur Verfügung stehen. Daraus folgt, dass in erheblichem Umfang höher Ausgebildete in gering qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt sein müssen. Es entsteht die Schwierigkeit, eigene Bildung nicht verwerten zu können. Davon sind überproportional

MigrantInnen betroffen.

Quellen: UN Bericht, Ziele für nachhaltige Entwicklung 2021; Welthunger-Index 2021 „Hunger ist wieder auf dem Vormarsch“; <https://www.tagesschau.de/ausland/welthungerhilfe-121.html> (14.10.2021); armutskonferenz.at

Aspekte & Fragestellungen rund um SDG 1

- Im Zuge von Covid-10 steigt die Armut wieder – welche Rezepte hat die Politik dagegen?
- Welche Auswirkungen im globalen Süden hat die Coronapandemie in Bezug auf Armut? Wie kann man darauf reagieren, welche Lösungsansätze gibt es?
- Stichwort Prekariat – wie können Menschen, vor allem im Globalen Süden, aus prekären Lebens- und Arbeitssituationen geholt werden?
- Welche Best Practice-Beispiele gibt es?
- Wie kann man präventiv gegen Armut bei MigrantInnen aktiv werden?
- Wie kann man Dequalifizierung entgegenwirken?

Weiterführendes & Ansprechpersonen

UNIS ist das United Nations Info Service, die UN-Infostelle in Wien: <http://www.unis.unvienna.org/>

Direktor Martin Nesirky

Tel: (+43-1) 26060-4666

http://www.unis.unvienna.org/unis/de/about/contact_us.html

SDG Watch Austria ist ein Zusammenschluss von mehr als 200

zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen. Sie setzen sich gemeinsam für eine Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in Österreich ein.
www.sdgwatch.at

Brot für die Welt Österreich/Diakonie:

Roberta Rastl-Kircher

Presse

Tel: +43 1 409 80 01 – 14

presse@diakonie.at

Die Armutskonferenz

Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

www.armutskonferenz.at

Telefon: 0043-(1)4026944

office@armutskonferenz.at

Tipp: 10. Salzburger Armutskonferenz

Die Kunst der Krise Donnerstag, 25. November 2021, 09.30 bis 16.00h

St. Virgil Salzburg, Ernst-Grein-Straße 14, 5020 Salzburg

www.armutskonferenz.at

Martin Schenk von der Diakonie oder Erich Fenninger von der Volkshilfe sind spannende Ansprechpartner zum Thema Armut.

Martin Schenk

+43 (0)1 409 8001-35451

martin.schenk@diakonie.at

Erich Fenninger

Tel. +43 1 402 62 09 erich.fenninger@volkshilfe.at

Zentrum für Ethik und Armutsforschung

Universität Salzburg

www.povertyresearch.org

Der Zugang zu Wasser, Land und Energie – ein Schwerpunkt der **Austrian Development Agency (ADA)** – für alle ist wichtig, damit Grundbedürfnisse gestillt und Konflikte vermieden werden.

Presse: **Mag. Georg Keri**

Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +43 (0)1 90399-2402

Mobil: +43 (0)676 8390 3402

georg.keri@ada.gv.at

Der **Dachverband AG Globale Verantwortung** bündelt die Aktivitäten seiner Mitglieds-NGOs zur Arbeit im Globalen Süden und ist eine zentrale Anlaufstelle zu Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Hilfe vor Ort uvm.:

Hannah Hauptmann, MA

Fachreferentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: +43 1 522 4422 – 15 | +43 (0) 699 172 042 07

E-Mail: presse@globaleverantwortung.at

Die **ÖFSE**, die Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung, liefert viele Berichte und Forschung zu entwicklungspolitischen Aspekten, u.a. zum für SDG 1 wichtigen Thema Entwicklungsfinanzierung: <https://www.oefse.at/forschung/entwicklungsfinanzierung/>

Die **Weltbank** liefert viele Daten und Fakten zum Thema Armut:
www.worldbank.org/en/topic/poverty

Die **ILO, die Internationale Arbeitsorganisation**, fokussiert auf Armutsbekämpfung durch Menschenwürdige Arbeit:
www.ilo.org/global/topics/poverty

Diese Rechercheliste als Download

PA: Kommt die Hilfe vor Ort im Regierungsbudget 2022 zu kurz?

Budget als Lackmustest: Regierungsprogramm umsetzen und Hilfe vor Ort erhöhen, appelliert AG Globale Verantwortung.

Wien, 12.10.2021. Nach innenpolitisch turbulenten Tagen wird am Mittwoch, 13.10.2021, das Regierungsbudget für das kommende Jahr präsentiert. „Das Budget 2022 ist Prüfstein für die vielzitierte Hilfe vor Ort Österreichs. Denn bewaffnete Konflikte, humanitäre Katastrophen wie in Afghanistan, die Folgen der COVID-19-Pandemie, Klimakrise und Armut sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verlangen nach mehr finanziellen Mitteln, gerade auch in Österreich, wo die Hilfe vor Ort vergleichsweise gering ist. Angesichts dessen ist es ein Gebot der Stunde, dass die Regierung, wie im

Regierungsprogramm vereinbart, das Budget für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit entsprechend erhöht“, erinnert Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung, die Koalitionspartner an ihr Übereinkommen.

Bekämpfung weltweiter Krisen ist im Interesse Österreichs

„COVID-19 wirkt wie ein Brandbeschleuniger auf bestehende Herausforderungen und macht viele Errungenschaften nachhaltiger Entwicklung zunichte. Laut UNO und Weltbank wird die Zahl der Menschen, die als extrem gilt – also Menschen, die von unter 1,60 Euro pro Tag leben müssen – durch COVID-19 auf über eine Milliarde wachsen. Mehr als zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Auch diese Zahl wird durch die Auswirkungen der Klimakrise, etwa durch immer stärkere Dürren, steigen. Es ist letztlich in unserem eigenen Interesse, den Teufelskreis aus Armut, Hunger und Gewalt, der von diesen Krisen befeuert wird, endlich zu durchbrechen und Länder zu stabilisieren“, erklärt Vilim, weshalb es eine gemeinsame Kraftanstrengung der Staatengemeinschaft brauche, und ergänzt: „Diese Krisen können wir nur gemeinsam und weltweit besiegen. Das hat uns auch COVID-19 gezeigt. Es reicht nicht mehr lediglich Schaden zu begrenzen. Es gilt beispielsweise Gesundheitssysteme oder, im Kontext der Klimakrise, Katastrophenvorsorge auszubauen, vor allem für Menschen in den ärmsten Ländern der Welt.“

Österreichs Hilfe vor Ort ist kein Ruhmesblatt

„Doch leider sind Österreichs Ausgaben für Hilfe vor Ort, also für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, nach wie vor sehr niedrig. Deutschland oder die skandinavischen Staaten leisten weit höhere Beiträge“, bringt Vilim die bestehende

Schiefelage auf den Punkt und nennt Beispiele: „Österreich ist mit 0,29% des Bruttonationaleinkommens (BNE) weit vom international vereinbarten Ziel, 0,7% des BNE für Hilfe vor Ort zur Verfügung zu stellen, entfernt. Deutschland erreicht 0,73%, Norwegen 1,1%“. Laut OECD sei Österreich auch bei der Humanitären Hilfe – trotz Erhöhungen – mit rund 50 Mio. Euro im Jahr 2020 weit abgeschlagen: Das entspräche 5,6 Euro pro Einwohner*in, während Dänemark pro Kopf zehn Mal und Schweden acht Mal mehr für Humanitäre Hilfe bereitgestellt hätten.

„Österreichs Beiträge an internationale Institutionen sind ebenfalls kein Ruhmesblatt. So stellte die Regierung 2020 dem UNHCR rund 10 Mio. US-Dollar zur Verfügung, Dänemark 97 Mio. und Schweden 125 Mio. US-Dollar. Die Zahlungen an das World Food Programme (WFP) in Höhe von 4,5 Mio. US-Dollar im Jahr 2020 bescherten Österreich nur Rang 37 der Geberländer – hinter Staaten wie Mosambik oder Bangladesch. Dänemark unterstützte das WFP mit 56 Mio. und Schweden mit 196 Mio. US-Dollar“, zeigt Vilim auf. Abschließend appelliert sie an die Regierung: „Angesichts der großen Herausforderungen ist es wahrlich an der Zeit, dass die Bundesregierung ihr eigenes Regierungsprogramm umsetzt und mit mehr Hilfe vor Ort zu einem menschenwürdigen, guten Leben für alle auf einem gesunden Planeten beiträgt. Das Budget 2022 ist ein Lackmustest dafür“.

Rückfragehinweis:

Hannah Hauptmann

Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

Apollogasse 4/9, 1070 Wien

Tel: 01/522 44 22-15

Mobil: +43 699/17 20 42 07

presse@globaleverantwortung.at

www.globaleverantwortung.at

Kommentar: Die aktuelle Debatte um Österreichs „Hilfe vor Ort“ – eine Einschätzung

Von Michael Obrovsky (ÖFSE). „Hilfe vor Ort“ als neues Mantra der Bundesregierung ist ein unscharfer Begriff, der nicht mit eindeutigen Zahlen unterlegt werden kann. Auch wenn die humanitäre Hilfe Österreichs in den letzten Jahren deutlich angewachsen ist, zeigt ein Blick in die offizielle Statistik, dass Österreich nicht zu den Ländern mit überproportionalen Hilfsleistungen vor Ort zählt.

Weiterlesen

PA: Tag des Kaffees: FAIRTRADE mit neuem Kaffee-Standard für mehr Impact im Ursprung

Der Kaffeepreis steigt aktuell stark an und lag im August-Durchschnitt bei rund 216 USD pro Quintal (ICO Other Milds Arabica), berichtet FAIRTRADE. Diese für die

Kleinbauernfamilien erfreuliche Entwicklung wird allerdings entscheidend getrübt, denn die Ursachen der Preissteigerung liegen nicht in strukturellen Änderungen, sondern in schlechten Ernteprognosen sowie politischen Unruhen und steigenden Transportkosten. FAIRTRADE reagiert auf die schwierigen Rahmenbedingungen mit einer Überarbeitung des internationalen Kaffee-Standards.

Der Weltmarktpreis für Kaffee zeigte sich in den vergangenen Jahren als sehr volatil. Derzeit machen sich witterungsbedingte Ernteaufschläge in Brasilien (weltweit größter Kaffeeproduzent) sowie höhere Transportkosten infolge pandemiebedingter Probleme in den globalen Lieferketten bemerkbar – die Kaffeepreise steigen. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich das schnell wieder ändern kann. Noch Mitte 2019 waren die Durchschnittspreise um knapp 60% niedriger als heute, erholten sich in den darauffolgenden Monaten wieder, nur um Ende 2020 erneut massiv einzubrechen. „Diese Entwicklung erschwert die finanzielle Ressourcenplanung der Kaffee-Kooperativen. Um die Einkommenssituation der Kaffee-Kleinbauernfamilien signifikant und nachhaltig zu erhöhen, sind daher Rohkaffeepreise notwendig, die sich längerfristig, also über die kommenden Monate hinaus, auf dem aktuellen Niveau etablieren.“ formuliert Hartwig Kirner, Geschäftsführer von FAIRTRADE Österreich, einen Wunsch für die zukünftige Entwicklung des Kaffeehandels. Stabile und höhere Preise von Rohkaffee sind demnach ein entscheidender Faktor, um die Kosten einer nachhaltigen Produktion für die Kaffeebauernfamilien zu decken.

Neuer FAIRTRADE-Kaffee-Standard

FAIRTRADE zertifiziert ausschließlich Kaffee aus kleinbäuerlicher Produktion. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, steht im Zentrum aller Aktivitäten von Fairtrade International. Dafür wurden starke internationale Standards und ein unabhängiges Kontrollsystem

dieser Richtlinien etabliert. Angesichts der aktuellen Entwicklungen wurde der Kaffee-Standard überarbeitet und weiter geschärft, um den positiven Impact in den Kaffee-Ursprungsregionen zu erhöhen. Zukünftige FAIRTRADE-KaffeeKooperativen müssen demnach bereits vorab eine konkrete Marktnachfrage nach ihrem Kaffee vorweisen können. „Denn nur durch Ernteverkäufe zu FAIRTRADE-Bedingungen profitieren die Kleinbauernfamilien durch eine vertraglich fixierte Zusatzprämie oder, bei biologischem Anbau, durch einen Bio-Aufschlag.“ betont Kirner die Auswirkungen der Standard-Änderung. Andere wichtige Neuerungen betreffen Maßnahmen, um besser auf zukünftige Umwelt- und Klimaherausforderungen reagieren zu können. „Kaffee-Kooperativen müssen die gerade in den Kaffeeanbaugebieten notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die Klimakrise erleichtert und gefördert werden, und damit die Einkommen der Kleinbauernfamilien abgesichert werden. Der neue FAIRTRADE-Kaffee-Standard ist Mitte Juli 2021 in Kraft getreten, und gilt für kleinbäuerliche Organisationen und Händler. Für die Umsetzung der Kriterien gibt es Übergangsfristen von bis zu einem Jahr.

FAIRTRADE-Kaffee in Österreich

Kaffee war 1993 das erste FAIRTRADE-Produkt in heimischen Regalen und verzeichnet seit jeher ein jährliches Wachstum. 2020 gab es trotz (Corona-)Gastronomie-Lockdowns einen zweistelligen Zugewinn bei Rohkaffee (+10,5% auf 5.108 Tonnen) – auch im Gesamtjahr 2021 ist eine ähnliche Nachfrage nach fairem Kaffee in Österreich zu erwarten. Der geschätzte Marktanteil von FAIRTRADE-Kaffee in Österreich liegt bereits bei knapp 8 Prozent. „Kaffee ist das beliebteste Heißgetränk der Österreicherinnen und Österreicher. Es ist wirklich sehr erfreulich, dass beim Genuss des Kaffeehäferls zuhause oder im Kaffeehaus immer öfter auch an die Menschen gedacht wird, die bei der Kaffeeernte und –Weiterverarbeitung schwerste Arbeit verrichten. FAIRTRADE sorgt für faire Einkommen, und das bei hoher Qualität und gutem Geschmack in der Tasse“. so Kirner abschließend.

Quellen:

- Der neue FAIRTRADE Kaffee-Standard als Download
- Aktuelle internationale Kaffee-Preisstatistiken (International Coffee Organization)

Zum Presse-Newsroom Pressebilder zum Download

Kontakt für Rückfragen:

Mag. Bernhard Moser

bernhard.moser@fairtrade.at

+43 664 526 74 65

Mag. Peter Ehrenberger

peter.ehrenberger@fairtrade.at

+43 660 380 72 80

**PA: Österreichs
Modeunternehmen nachlässig
bei Engagement für sichere
Nähereien**

Neues internationales Abkommen über Gebäude- und Feuersicherheit für Textilarbeiterinnen ohne österreichische Beteiligung – Südwind und Clean Clothes fordern von heimischen

Modeunternehmen ein klares Bekenntnis zu verbindlichen Sicherheitsstandards.

Wien, 13. September 2021. Anlässlich des Starts der Vienna Fashion Week kritisieren Südwind und die Clean Clothes Kampagne das fehlende Engagement von Österreichs Modeunternehmen für sichere Arbeitsbedingungen. „Obwohl Nachhaltigkeit zum gerne bemühten Trendwort in der Modebranche geworden ist, vergessen die Unternehmen weiterhin viel zu oft auf die Arbeits- und Menschenrechte in ihren Produktionsländern“, kritisiert Gertrude Klaffenböck, Südwind-Projektleiterin für die Clean Clothes Kampagne.

Ende August 2021 gaben globale Modeunternehmen und internationale Gewerkschaftsverbände eine Einigung über ein neues internationales Abkommen für Gebäude- und Feuersicherheit in der Bekleidungsindustrie bekannt. Während sich bereits etliche internationale Unternehmen zu den verbindlichen Sicherheitsstandards bekennen, hat noch kein einziges österreichisches Unternehmen das neue Abkommen unterzeichnet. „Die heimische Modebranche stellt sich selbst ein verheerendes Zeugnis aus. Trotz der massiven Importabhängigkeit aus Bangladesch und Pakistan ziehen sich Österreichs Modeunternehmen weiterhin aus der Verantwortung und nehmen die Gefährdung ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter in Billiglohnländern in Kauf“, sagt Klaffenböck. Österreichische Importe aus Bangladesch (96%) und Pakistan (73%) bestehen zum überwiegenden Teil aus Kleidung und Schuhen. Die Einfuhren belaufen sich jedes Jahr auf Waren im Wert von etwa 709 Millionen Euro (Bangladesch) beziehungsweise 175 Millionen Euro (Pakistan). Südwind und die Clean Clothes Kampagne fordern daher Österreichs Modeunternehmen auf, den „International Accord“ zu unterzeichnen, der seit 1. September 2021 in Kraft ist.

Das neue internationale Sicherheitsabkommen (International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry) wurde nach langen Verhandlungen zwischen Bekleidungsunternehmen und Gewerkschaften am 26. August verabschiedet und versteht sich als Erweiterung des Bangladesch-Abkommens von 2013. Nach dem tragischen Einsturz der Rana Plaza-Fabrik sahen sich Modeunternehmen damals dazu gezwungen, aktiv zu werden und mit der Verabschiedung des Bangladesch-Akkords zur Verbesserung der Gebäudesicherheit von Textilfabriken beizutragen. Das neue Abkommen von August 2021 behält die wesentlichen Elemente bei und soll zudem auf andere Länder erweitert werden. Die Unternehmen verpflichten sich damit, Zulieferern Preise zu zahlen, die ausreichen, um sichere Arbeitsplätze zu unterstützen und keine Geschäfte mehr mit Fabriken zu machen, die sich weigern die Sicherheit am Arbeitsplatz zu garantieren. Die Verpflichtungen sind rechtlich verbindlich und unterliegen einer unabhängigen Überprüfung.

„Die Erweiterung des Abkommens über den Geltungsbereich von Bangladesch hinaus ist ein überfälliger Schritt. Es kann zu einem Meilenstein werden für Textilarbeiterinnen in ihrem jahrelangen Kampf um Sicherheit am Arbeitsplatz. Für Unternehmen, die sich das Engagement für Nachhaltigkeit und Menschenrechte auf die Fahne schreiben, ist es ein Instrument, das die Achtung auf das Recht auf gesunde und sichere Arbeitsbedingungen ausreichend gewährleisten kann“, erklärt Gertrude Klaffenböck. „Sämtliche Unternehmen, die in Ländern wie Bangladesch oder Pakistan produzieren lassen, sind dringend aufgefordert, mit der Unterzeichnung des Abkommens für sichere Arbeitsplätze in ihren Textilfabriken beizutragen.“

Weiterführende Informationen unter:

<https://internationalaccord.org/>

<https://bangladeshaccord.org/>

<https://fashionchecker.org/>

<https://cleanclothes.org/campaigns/protect-progress>

Rückfragehinweis:

Vincent Sufiyan

Kommunikationsleiter Südwind

Tel.: +43 650 96 77 577

E-Mail: vincent.sufiyan@suedwind.at

Gertrude Klaffenböck

Clean Clothes Kampagne Österreich

Tel.: +43 (0)1 405 55 15 331

E-Mail: gertrude.klaffenboeck@suedwind.at